zur ZEIT Kommentar

Brief aus Berlin

VON THOMAS HÜTTNER

Bild: Verlag

Lehrermangel ist in allen Bundesländern ein großes Thema. Die Lösung, die keine ist, sieht meist so aus, dass angehende Lehrer bereits nach dem ersten Staatsexamen im Unterricht eingesetzt werden und die durchschnittliche Klassengröße von 28 auf 29 angehoben wird.

Doch die Spekulationen gehen noch weiter. Die Präsidentin des Bayrischen Lehrerverbandes, Simone Fleischmann, spricht von einer „großen Geheimniskrämerei“ des Ministeriums – und skizziert, was sie befürchtet: „Klassen kann man zusammenlegen, und dann geht’s halt mit 34 Schülern in einer Klasse los. Bei Klassen mit hohem Migrationsanteil muss man nicht mehr kleine Klassen bilden, sondern kann sie so bilden wie reguläre Klassen auch.“

Von Seiten des bayrischen Kultusministeriums wird kalmiert: Für das neue Schuljahr stünden im Staatshaushalt „grundsätzlich hinreichend Stellen und Mittel zur Verfügung, um alle Personalbedarfe umfassend abzudecken“. Zweifel dürften also angebracht sein und mit einem „schau ma mal“ wird die Zukunft der Kinder nur weiter an die Wand gefahren. ◆

Bild: Martin Seifert/ Wikimedia (CC0 1.0)

Flutkatastrophe im Ahrtal 2021: 134 Todesopfer klagen an

„Vermeidbare Todesopfer“

Ein Jahr Ahr-Flut: Ernüchternde Bilanz

VON BERND KALLINA

Mitte Juli fanden im rheinland-pfälzischen Ahrtal anlässlich des Jahrestages der verheerenden Flutkatastrophe mit 134 Toten eine Reihe von Gedenkveranstaltungen für die Opfer statt. Dabei erinnerten überlebende Flut-Geschädigte, freiwillige Helfer und Politiker an die verhängnisvolle Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021. In ihr brachen gewaltige Wassermassen mit unvorstellbarer Vernichtungskraft in das anmutige Weinanbaugebiet ein. Sie zerstörten Häuser, Brücken, Autos und Bahngleise innerhalb nur weniger Stunden. Einhellige Bilanz sowohl in kritischen Medienberichten als auch seitens der hierbei besonders engagierten AfD-Opposition im Mainzer Landtag: Warnungen vor dem hereinbrechenden Chaos erreichten die Bevölkerung zu spät oder gar nicht, das Katastrophen-Management versagte kläglich. Die grüne Umweltministerin Anne Spiegel musste zurücktreten, der CDU-Landrat von Bad Neuenahr, der sich in der Schicksalsnacht primär um private Belange kümmerte, wurde gefeuert. Nicht zuletzt: Anhaltende Proteste von Flutopfer belegen, dass zwar Entschädigungsleistungen in die Wege geleitet wurden, doch sie kommen – wenn überhaupt – nur zögerlich bei den Betroffenen an.

Die AfD-Opposition hat einen Untersuchungsausschuss erzwungen.

Erfreulich ist, dass die parlamentarische Aufarbeitung von Versäumnissen bei der Flutkatastrophe vorankommt, wenn auch nur schrittweise. Die CDU-Opposition hatte zunächst lange gezögert, einen Untersuchungsausschuss überhaupt zu fordern. Nicht so die AfD-Vertreter im Mainzer Landtag, die „als erste Fraktion die Einrichtung eines U-Ausschusses verlangt und letzt-

lich erzwungen hat," berichtet Dr. Jan Bollinger, der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion im ZZ-Gespräch. Michael Frisch, sein Fraktionsvorsitzender, pflichtet ihm bei und registriert bei den Regierungsvertretern der Mainzer Ampel-Koalition unter Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) eher das Abschieben eigener Fehler auf andere als das Eingeständnis, dass vieles schiefgelaufen ist und zahlreiche Todesopfer vermeidbar gewesen wären. O-Ton Frisch dazu: „Die Zeiten, in denen Politiker Verantwortung für persönliche Fehler oder das Versagen ihrer Mitarbeiter übernommen haben, sind offensichtlich vorbei."

Gemeint ist damit u.a. Innenminister Roger Lewentz (SPD): „Wenn Herr Lewentz behauptet, er habe bis zum Morgen des 15. Juli 2021 nicht gewusst, dass es im Ahrtal eine Katastrophe gegeben habe, dann hat er entweder die Lage völlig falsch eingeschätzt oder er wurde von seinem Stab nicht ausreichend informiert," so der AfD-Fraktionsvorsitzende, weswegen der Sozialdemokrat im September erneut als Zeuge vor dem U-Ausschuss zitiert werde.

Eine AfD-Anfrage konnte belegen, dass auf Grund der Ahr-Pegelstände am Tag der Flut schon am Nachmittag hätte gewarnt werden können, sowie – spätestens – am frühen Abend eine schnelle Evakuierung angesagt gewesen wäre, argumentiert Jan Bollinger und zählt die logistischen Mängel auf: „Telefonie, Mobiltelefonie, Internet und der digitale BOS-Funk der Sicherheits- und Katastrophenschutzinstitutionen fielen frühzeitig aus, einige Gemeinden waren sogar mehr als eine Woche komplett abgeschnitten." Und dabei waren diese Mängel im Kommunikationsbereich schon lange bekannt, so Bollinger: „Schon anlässlich des fehlgeschlagenen Katastrophenwarntages 2020, also ein Jahr zuvor, konnte ich per parlamentarischer Anfrage ermitteln, dass in weiten Teilen des Landes keine Alarmsirenen mehr vorhanden sind und die Warn-Apps nicht funktionieren."

Bereits damals habe die AfD-Fraktion eine deutliche Verbesserung des Katastrophenschutzes mit flächendeckenden Alarmsirenen und wirksamen Warn-Apps gefordert. Konkret: „Es kommt auf einen umfassenden Warn-Mix an, zu dem Push-SMS mit Cell-Broadcast sowie alle Formen der direkten und medialen Warnung gehören", so die Auflistung der AfD. Frisch und Bollinger verweisen dabei auch auf eine notwendige Sensibilisierung der Bevölkerung durch stärkeren Zivilschutz und sehen hier Österreich als Vorbild. Im südlichen Nachbarland würden z.B. bereits Grundschüler mit der Bedeutung verschiedener Alarmtöne vertraut gemacht. „Das – und noch viel mehr – brauchen wir auch bei uns," sagen beide. Zwar seien inzwischen einige Sirenen gebaut worden, doch das genüge bei weitem nicht, stellt Bollinger fest. Seine Befürchtungen decken sich mit dem bitteren Fazit der Brandrede eines Ahrtal-Feuerwehrmannes zum Jahrestag der Flut: „Würde eine Katastrophe in diesem Moment wiederkehren, wir stünden genauso schlecht da wie zuvor!" ◆

Die betroffene Bevölkerung hätte rechtzeitig gewarnt werden können.

Antifa: Gewalt(bereitschaft) gehört zur DNA der Linksextremisten

Bild: Gregor Wünsch/Wikimedia (CC BY-SA 2.0)

Linke Morddrohungen

In Dresden steht Lina E. als mutmaßliches Mitglied einer linksextremistischen kriminellen Vereinigung vor Gericht. Offenkundig Gesinnungsfreunde versuchten, einen Kronzeugen gegen sie mit Morddrohungen zum Schweigen zu bringen. Auf Antifa-Seiten im Netz wird Johannes D. offen die Erschießung – „9mm für den 31er" – angedroht. „31er" gild als Synonym für „Verräter".

Für die Sicherheitsbehörden scheint der Mordaufruf kein Problem zu sein. Denn anders als in anderen, gar nicht lange zurückliegenden Fällen, als die bloße Mitgliedschaft in einer Telegram-Gruppe reichte, gab es keine Hausdurchsuchungen bei den Linksextremisten. Carsten Hütter, sicherheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag, fragt sich, warum die CDU-geführte Landesregierung der Antifa Narrenfreiheit gibt. (RED.)